

# **Das Jahr 2011 und die Erwartungen der Politik im Lichte ökonomischer Fundamentalkritik**

Eine Demaskierung der BRD-Auguren und ihrer scheinbar so plausiblen Wahrheiten.

Von Andres Müller

Die Weihnachts- und Silvesteransprachen der zu Staatsämtern gekommenen Parteigranden lassen bei vielen Deutschen die Frage aufkommen: „Lügen die bewusst oder sind sie wirklich so dumm“? Alle positiven Entwicklungen des vergangenen Jahres halten sie sich selbst zu Gute, und was noch nicht so gut gelaufen ist, das geloben sie, mit treuerzigem Blick, künftig besser zu machen. Die Anzahl der Menschen, die von diesen euphemistischen Selbstdarstellungen angewidert, ihre Empfangsgeräte abschalten oder auf einen anderen Sender ausweichen, hat stetig zugenommen, genau so zugenommen, wie die wachsende Zahl der Nichtwähler bei den Wahlen in Bund, Ländern und Kommunen! Warum erfahren wir eigentlich nie etwas über die Höhe dieser Abschaltquoten bei diesen Ansprachen? Werden nicht die Einschaltquoten von unbedeutenderen Sendungen durch die Markt- und Meinungsforschungsinstitute regelmäßig erfasst und bekannt gegeben?

Die Zahlen wären interessant, die Motive der Menschen auch. Wir kennen sie nicht, aber sie müssen damit zusammenhängen, dass die Bürger nur allzu gut wissen, dass die Dinge anders liegen, als man ihnen weis machen will. Es ist wie bei den Meteorologen: „Die gefühlte Temperatur stimmt mit der tatsächlich gemessenen Temperatur nicht überein“. Und dass die gefühlte Temperatur in diesem Fall die richtige ist, werden wir am Beispiel der Arbeitslosenzahlen und der euphorisch bejubelten Wachstumswahlen nachweisen!

## **Die geschönten amtlichen Beschäftigungsstatistiken**

Es heißt immer, dass Zahlen nicht lügen. Doch mit Zahlen kann man tricksen und Vorstellungen erzeugen, die ein falsches Bild von der Realität entstehen lassen. Die Wachstumswahlen und die Arbeitslosenzahlen des Jahres 2010, mit denen die politischen Funktionsträger und die ihnen assistierenden Medien am Jahresende glänzten, sind ein typisches Beispiel für solche Trugbilder.

Beginnen wir mit den geschönten Statistiken der Arbeitslosenzahl: Danach waren die Erwerbslosen im Dezember 2010 um 297.000 auf 2,9 Millionen gesunken, was einer Arbeitslosenquote von 6,8 Prozent entspricht<sup>1</sup>. Das Bundesamt für Statistik richtet sich bei der Ermittlung dieser Zahlen nach dem derzeit gültigen Deutschen Sozialgesetz. Danach gilt als arbeitslos, wer sich bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter einer Kommune arbeitslos gemeldet hat. Somit wird auch klar, dass eine ganze Reihe von effektiv Arbeitslosen nicht mitgezählt wird:

Arbeitslose, die an einer aktiven Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik (Umschulung oder Weiterbildung oder Ein-Euro-Job) teilnehmen;

Arbeitslose, für die Private Vermittler einen Arbeitsplatz suchen;

Langzeitarbeitslose, denen über 1 Jahr kein Arbeitsplatz mehr angeboten wurde;

Kurzarbeiter, deren Lohn vom Staat aufgestockt wird;

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.01.2011 Seite 11.

Und schließlich die „Stille Reserve“, das sind z.B. Früh-Rentner, Hausfrauen, Studenten, Schüler oder Selbständige oder auch Entmutigte, die die Arbeitssuche aufgegeben haben.

Die Summe dieses in der Statistik nicht erfasste Personenkreises wird von den Arbeitsmarktexperten auf 1,5 - 2 Mio. Menschen geschätzt, so dass man also ehrlicher Weise nicht von weniger als 3 Mio. Arbeitslosen, sondern von mindestens 4 - 5 Mio. sprechen müsste.<sup>2</sup> Doch dann erhalten wir ein ganz anderes Ergebnis, denn 5 Mio. Arbeitslose entsprächen einer Arbeitslosenquote von 11,72 Prozent. Wir müssen also erkennen, dass die wirkliche Arbeitslosenzahl fast doppelt so hoch ist wie die statistisch errechnete! Diese amtliche Verfälschung der Arbeitslosenzahlen wurde bereits von den Vorgängerregierungen (Rot-Grün und Schwarz-Rot) gesetzlich festgeschrieben, um die ihrem Versagen zuzuschreibenden tatsächlichen Arbeitslosenzahlen verheimlichen zu können.

Obwohl diese Kritik angesichts der offensichtlichen Zahlenmanipulation berechtigt ist, hat sich im Jahr 2010 gezeigt, dass die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im Verlauf der Krise nicht so hoch gestiegen ist, wie noch vor anderthalb Jahren befürchtet werden musste. Aber gerade deshalb sollte es jetzt (Anfang 2011) an der Zeit sein, mit dem Zahlenschwindel aufzuhören! Die Politiker aller staatstragenden Parteien denken aber nicht daran. So müssen sie sich nicht wundern, wenn ihr Ansehens- und Glaubwürdigkeitsverlust bei den Menschen weiter zunimmt.

### Die selektive Wahrnehmung der Wachstumszahlen

Wenden wir uns nun den tatsächlich gemessenen Zahlen wirtschaftlichen Wachstums zu. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2010 ist in Deutschland um 3,6 Prozent gestiegen, „so viel, wie seit der Wiedervereinigung nicht“ jubeln Regierung und Medien<sup>3</sup>. Doch mit dieser Zahl werden die Deutschen gleich zweifach belogen:

Man verschweigt erstens die Tatsache, dass dieses Bruttoinlandsprodukt damit noch nicht einmal das Niveau von 2008 erreicht hat, wir sind also ärmer als noch vor zwei Jahren. Und man vergleicht zweitens die Zahl „3,6 Prozent Wachstum“ mit den Wachstumszahlen der letzten 20 Jahre – in denen EU, Euro und Globalisierung der deutschen Wirtschaft übel zugesetzt haben, obwohl die großen Leitfiguren der europäischen Politik und nicht wenige deutsche Journalisten in den meinungsbildenden großen Medien genau das Gegenteil behaupten, dass nämlich die Deutschen die großen Profiteure der EU und des Euro seien. Beginnen wir mit dem Nachweis, dass der Wachstumseinbruch 2009 noch nicht ausgeglichen werden konnte: Die nachstehende Tabelle zeigt die Größenordnungen des Wirtschaftseinbruchs und des anschließenden Wachstums:

<u>Wachstum 2010</u>	<u>Prozent</u>	<u>Mrd. Euro</u>	
BIP 2008	100%	2530	
Minderung 2009	-4,70%		↑
BIP 2009	95,30%		
Wachstum 2010	3,60%		↓
bezogen auf 08	3,43%		
Niveau 2010	98,73%	2.498	
Differenz zu 08	1,27%	-32,11	

Im Jahr 2009 sank das BIP auf 95,3 Prozent des Vorjahres. Im Jahr 2010 erreichte es 98,73 Prozent des Wertes von 2008. Es liegt also immer noch um 32,11 Mrd. Euro unter dem Niveau von 2008!

<sup>2</sup> Sven Astheimer in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.12.2010 Seite 11.

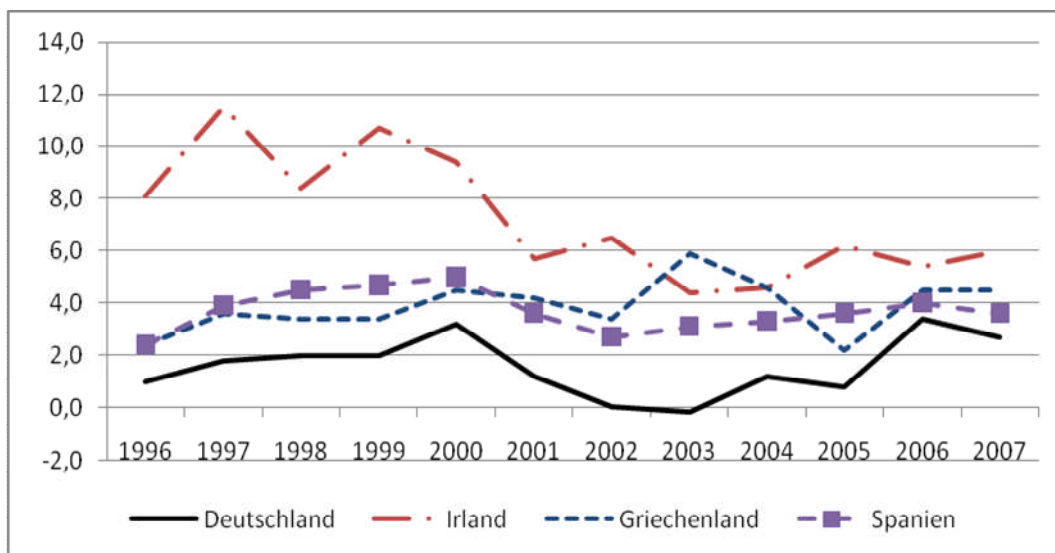
<sup>3</sup> Zahlen aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.01.2011 Seite 11.

Bei einer angenommenen Steuerquote von rund 40 Prozent bedeutet ein um 32 Mrd. Euro niedrigeres Bruttoinlandsprodukt Steuermindereinnahmen des Staates von 12,8 Mrd. Euro. Das heißt, dass der Staat in dieser Höhe entweder auf notwendige Staatsausgaben verzichten muss (Infrastrukturinvestitionen, Erhaltungsreparaturen bei Straßen und Autobahnen, Sozialausgaben etc.) oder dass er zusätzliche Schulden aufnehmen muss. Im ersten Fall müssen die Bürger „den Gürtel enger schnallen“ und auf einige Staatsleistungen verzichten. Im zweiten Fall droht die Regierung das Stabilitätsgesetz der EU zu verletzen, das die Nettoverschuldung auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) begrenzt.

Welches Gewicht die fehlenden 12,8 Mrd. Euro im Haushalt 2011 haben, soll an der „großmütigen Zugabe“ des Verkehrsministers Ramsauer (CSU) zur Ausbesserung der Frostschäden auf Deutschlands Straßen in Höhe von 100 Mio. Euro verdeutlicht werden<sup>4</sup>: Hundert Mio. Euro, das sind gerade einmal  $(100: 12.800 =) 0,78\%$  des Betrages, um das die Steuereinnahmen in 2010 unter denen des Jahres 2008 liegen! Und danach hätte der Staat (wenn das BIP nicht unter dem Niveau von 2008 läge) noch 99,92 % um weitere – vielleicht noch wichtigere – staatliche Leistungen zu erbringen. Aber die 12,8 Mrd. Euro fehlen im Jahr 2011! Das sind die Fakten!

Unsere Überlegungen haben den Weg zu einer ungetrübten Betrachtungsweise der realen ökonomischen Entwicklungen in Deutschland geöffnet. Die Deutschen erleben und registrieren zwar, dass es mit ihrer Wirtschaft und ihrem persönlichen Wohlstand schon lange nicht mehr so gut bestellt ist, aber die Politiker und die ihnen dienstbaren Medien vernebeln diese Realität. Wenden wir uns wieder den Fakten zu, die der sich gut informiert wählende Bundesbürger gar nicht kennt:

Zu diesem Zweck vergleichen wir die Wachstumsraten Deutschlands mit denen Griechenlands, Irlands und Spaniens, jenen Euro-Staaten also, die bereits insolvent oder von der Insolvenz bedroht sind (Spanien). Die Werte der nachstehenden Tabelle sind der amtlichen Statistik von EuroStat<sup>5</sup> entnommen:



<sup>4</sup> Bayerisches Fernsehen, Rundschau am 27.01.2011, 18 Uhr 45.

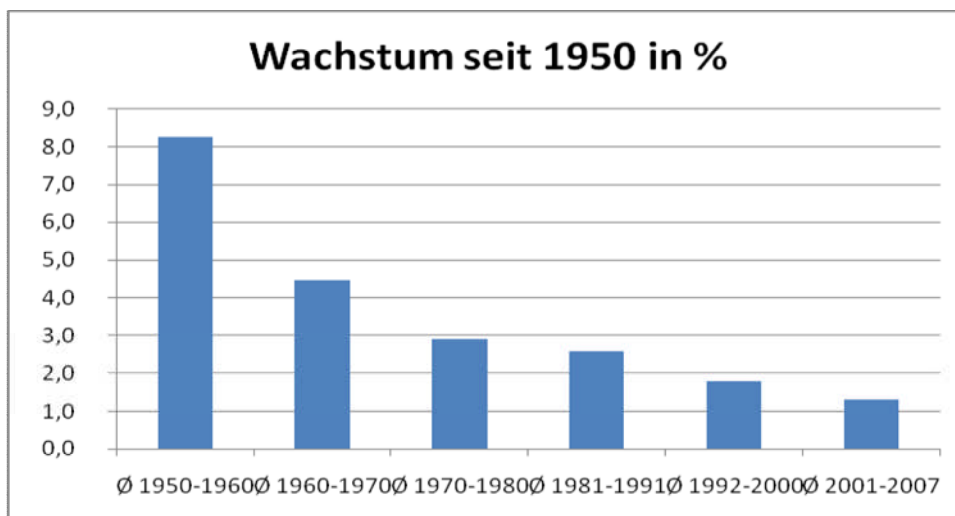
<sup>5</sup>Eurostat: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb020>

Ø Wachstumsrate 1996 - 2007 in %	Differenz
Deutschland	1,59
Irland	7,24      4,5
Griechenland	3,88      2,4
Spanien	3,70      2,3

Aus der letzten Spalte wird ersichtlich, dass Irlands Wirtschaft 4,5 mal so schnell wuchs wie die Deutschlands. Griechenland und Spanien hatten ein 2,4 bzw. 2,3 fach höheres Wachstum. Angesichts dieser Fakten ist es eine unglaubliche Frechheit zu behaupten, Deutschland sei der eigentliche Profiteur der EU und des Euro, wie dies erst kürzlich wieder Jean Claude Juncker, der Luxemburgische Ministerpräsident und Vorsitzende der Euro-Gemeinschaft in einem Spiegel-Interview getan hat<sup>6</sup>. Kein deutscher Politiker oder Journalist hat sich bisher gegen diese freche Lüge verwahrt! Das ist der politische Skandal! Im Gegenteil, es gibt in Deutschland genug von jener Sorte Mensch, die diese Lüge selbst verbreiten. Das ist gezielte Volksverdummung. Im Gegensatz zur Volksverhetzung ist sie nach deutschem Recht nicht strafbar. Allerdings stellt sich die Frage, ob diese Eliten der deutschen Gesellschaft die Fakten wirklich nicht kennen oder ob sie diese absichtlich unterschlagen?

Die Bedeutung des wirtschaftlichen Niedergangs in den letzten beiden Jahrzehnten wird noch klarer, wenn man die Wachstumsraten der beiden Dekaden mit den Wachstumsraten der vorhergehenden vergleicht. Dies geschieht in der nachstehenden Tabelle, deren Zahlen die dazugehörige Graphik veranschaulicht<sup>7</sup>:

	Ø 1950-1960	Ø 1960-1970	Ø 1970-1980	Ø 1981-1991	Ø 1992-2000	Ø 2001-2007
Wachst. in %	8,3	4,5	2,9	2,6	1,8	1,3



Die Wachstumsraten sind seit dem ersten Jahrzehnt (1950-1960) kontinuierlich gesunken. Das hat viele Ursachen, die im Rahmen einer tiefer gehenden wirtschaftshistorischen und gesellschaftspolitischen Analyse zu würdigen wären. Hier soll das Augenmerk allein auf die Tatsache gelenkt werden, dass der Niedergang deutschen Wachstums gera-

<sup>6</sup> Der Spiegel Nr. 4 vom 24.01.2011, Seite 39ff.

<sup>7</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, Lange Reihen seit 1950, Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen.

de da einsetzte, als die jetzigen Euro-Pleitestaaten ihren Höhenflug begannen. Der Zusammenhang ist nicht zufällig!

Um das Kernproblem herauszuarbeiten, stellen wir die Frage, welches Bruttoinlandsprodukt die Deutschen im Jahr 2007 hätten erreichen können, wenn ihre Wirtschaft in den Jahren 1992 bis 2007 mit 2,6 Prozent gewachsen wäre? Das war die ohnehin schon sehr tief gesunkene durchschnittlichen Wachstumsrate des Jahrzehntes von 1981-1991. Die effektive Entwicklung des realen BIP von 1991 bis 2007 (gemessen in Preisen des Jahres 2000) zeigt die nachstehende Tabelle<sup>8</sup>:

<u>Jahr</u>	<u>BIP in Preisen des Jahres 2000</u>	Die zweite Spalte zeigt die Entwicklung des preisbereinigten (realen) BIP in Deutschland in den Jahren von 1991 bis 2007. Es ist von 1.797,8 Mrd. Euro auf 2.254,5 Mrd. Euro gestiegen.  Angenommen, die deutsche Volkswirtschaft wäre nach 1990 mit der jährlich durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,6% pro Jahr gewachsen, dann hätte das BIP im Jahr 2007 den Wert von 2.710,8 Mrd. Euro erreicht. Das wären 456,3 Mrd. Euro mehr <sup>9</sup> als tatsächlich erreicht wurde!
1991	1.797,8	
1992	1.887,0	
1993	1.957,5	
1994	2.004,0	
1995	2.041,6	
1996	2.051,8	
1997	2.057,8	
1998	2.069,3	
1999	2.076,6	
2000	2.062,5	
2001	2.088,1	
2002	2.088,1	
2003	2.083,5	
2004	2.108,7	
2005	2.124,6	
2006	2.196,2	
2007	2.254,5	

Es sei noch einmal ausdrücklich betont, dass es sich um eine hypothetische Rechnung handelt, die allerdings nicht unrealistisch ist. Die entscheidende Frage ist, welche Ursachen der augenscheinliche Einbruch des deutschen Wirtschaftswachstums seit Anfang der 1990iger Jahre hatte?

Es ist naheliegend, dass der Einbruch des deutschen Wirtschaftswachstums und der gleichzeitige „explosionsartige Anstieg“ des Wachstums der Euro-Pleite-Staaten mit der Zeitenwende zu tun hat, die mit den Schlagworten „Globalisierung, EU und Euro-Union“ zu tun haben. Jedenfalls wäre das Bruttoinlandsprodukt der deutschen Volkswirtschaft um rund 450 Mrd. Euro höher als die tatsächliche erreichten 2.254 Mrd. Euro. Der Unterschied macht immerhin 16,8 Prozent aus! Stellen wir uns vor, dass auch das durchschnittliche Einkommen jedes Deutschen um 16,8 Prozent höher hätte sein können! Stellt sich da nicht automatisch die Frage, ob dieses größere Bruttoinlandsprodukt nicht auch eine höhere Beschäftigung und niedrigere Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt hätte? Wäre dann so etwas wie die Hartz IV-Regelung überhaupt notwendig gewesen? Wir wollen deshalb skizzenhaft umreißen, wie es zu diesem Einbruch hatte kommen können, der sowohl von den Medien als auch von der Politik totgeschwiegen wird:

<sup>8</sup> Zahlen aus Statistisches Bundesamt, Lange Reihen seit 1950, Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen.

<sup>9</sup> Hinweis zur Berechnung:  $1.797,8 * (1+0,026^{16})$ .

## Die verheimlichten Ursachen der Wachstumslähmung

Die Wachstumslähmung der deutschen Volkswirtschaft hat ökonomische und politische Ursachen. Bei den politischen Ursachen müssen an erster Stelle die EU- und Euro- Ideologie und die Globalisierung genannt werden. Untrennbar damit verbunden ist die „gnädig gewährte Wiedervereinigung“ als Gegenleistung für das Versprechen des Kanzlers Helmut Kohl und seines Außenministers Genscher, die deutsche Wirtschaft danach dem Zugriff des internationalen Finanzkapitals vollkommen zu öffnen! Doch das ist den zum Konsumbürger degenerierten Deutschen bis heute nicht bewusst geworden, denn die für diese Entwicklung verantwortlichen deutschen Politiker werden sich sehr hüten, diese Zusammenhänge aufzuzeigen.

Mit der Einwilligung Kohls und Genschers wurden damit nicht nur die mitteldeutschen Industrieressourcen den internationalen Finanzhaien ausgeliefert, auch die großen westdeutschen Konzerne wie Mannesmann und Höchst (und ungezählte weitere deutsche Unternehmen, sogar eine Reihe kommunaler Versorgungsbetriebe) gingen seitdem in fremde Hände über. Ohne den politischen Hebel Euro hätte der ökonomische Enteignungsprozess nie die heutigen Dimensionen erreichen können. Den Deutschen verblieb nur noch die Rolle des von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmers im eigenen Land, der bei stagnierenden Löhnen dankbar sein durfte, nicht arbeitslos zu werden. In dieser Rolle verharrt er weiter, eingelullt von dem Ammenmärchen, dass er seinen (gar nicht mehr vorhandenen Wohlstand) der eigenen Tüchtigkeit und vor allem den Exportüberschüssen verdanke.

Dass die Deutschen aber in Höhe der Exportüberschüsse Konsumverzicht (volkswirtschaftlich: Zwangssparen) leisten müssen, wird unterschlagen, genauso wie die Tatsache, dass die Gewinne aus den Exportüberschüssen in Form von Krediten den notorischen Importüberschussländern zur Verfügung gestellt wurden, womit diese über ihre Verhältnisse leben konnten. Eine weitere Armutsquelle ergab sich aus der ständigen Außenwertminderung des Euro im Vergleich zur einstigen Wertsteigerung der DM. Dadurch wurden die Terms of Trade (Austauschverhältnis der Exportgüter zur Bezahlung der notwendigen Importgüter) ständig schlechter. Energie- und Rohstoffimporte wurden auf Dauer empfindlich teurer, ebenso die Urlaubs- und Geschäftsreisen ins Euro-Ausland! In der Skala der Pro-Kopf-Einkommen sind die Deutschen in den letzten zwanzig Jahren immer weiter nach unten gerutscht! Das bekümmert einen Jean Claude Juncker überhaupt nicht, er spult seine Lügen von den Deutschen als den großen Profiteuren der EU und des Euro weiter ab.

Erst jetzt beginnt in Deutschland zum ersten Mal ein verhaltenes Murren. Zum großen Entsetzen müssen die auf eigene Vorteilsnahme bedachten Euro-Einpeitscher jetzt erleben, dass ihre Suggestionskraft an Wirkung verliert. Es genügte nicht, dass die Deutschen im Rahmen eines europäischen Finanzausgleichs an andere EU-Länder übermäßig hohe Nettozahlungen leisteten<sup>10</sup>, es genügte nicht, dass unerhörte Kapitalströme von Deutschland abgezogen wurden und der deutschen Volkswirtschaft fehlten. Jetzt sollen die Deutschen auch noch für die Schulden haften, die jene Euro-Länder mit den Zahlungen und Krediten eingegangen sind. Jetzt erst spricht man zum ersten Mal von Transferunion,

---

<sup>10</sup> In den Jahren von 1995 – 2003 erbrachte Deutschland mit 76,8 Mrd. Euro über 53 Prozent aller EU-Nettozahlungen. Nächstgrößter Nettozahler war England mit 16 Mrd. Euro (11,2 Prozent). Vgl. i.e. Franz-Ulrich Willeke, Tatsächliche und angemessene Nettobeiträge, Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, Jahrgang 58, Seiten 93–129.

jetzt wird auch den Deutschen klar, dass es bei dem Spiel, dass ihre Politiker für sie angezettelt haben, immer nur einen Verlierer gibt: die Deutschen!

Der Leser, dem diese Worte zu radikal klingen, sei auf die Ausführungen der zur Deutschen Ökonomie-Elite zählenden Professoren Clemens Fuest, Wolfgang Franz, Martin Hellwig und Hans-Werner Sinn verwiesen<sup>11</sup>, die wir hier auszugsweise wiedergeben:

„Es wurde **ein gemeinsamer Kapitalmarkt geschaffen**, der insbesondere den Ländern der südwestlichen Peripherie Europas bis dato ungewohnt günstige Finanzierungsbedingungen beschert hat. Das galt nicht nur für den Staat, sondern auch für private Schuldner. Als Folge **kam es zu einem gewaltigen Kapitalfluss in diese Länder**, der dort einen Bau- und Investitionsboom ermöglichte..... In Deutschland war die Entwicklung umgekehrt. Die Ersparnisse wurden auf dem Wege über die Banken überwiegend exportiert, nur noch sehr wenig Geld wurde im Inland investiert. Die Binnenkonjunktur erlahmte, Löhne und Preise stiegen nur noch langsam.....**Den Außenhandelsüberschuss** und den damit verbundenen Verlust an Investitionskapital **als Zeichen der Stärke Deutschlands anzusehen, gehört zu den** fast schon tragisch zu nennenden **Denkfehlern des politischen Diskurses.**“

Diese Worte mögen moderater sein als unsere Ausarbeitungen. Den gefälligeren Ton schulden die Autoren auch ihrer herausgehobenen Position in Gesellschaft und Staat. Sie besagen aber in geraffter Form nichts anderes, als wir in ausführlicher Form dargelegt und mit Zahlen untermauert haben.

## **Entscheidungen, Taten – nicht schöne Worte – wären gefragt**

Doch kommen wir zurück zu den euphemistischen Reden der Politprominenz anlässlich des Jahreswechsels. Die Erkenntnisse und Einsichten sind ihnen bekannt, aber die Politik ist zu feige, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, weil die Änderung der Weichenstellung nicht in ihr Welt- und Wertebild passt. Sie verweigert sich der Realität!

Die geschminkten Wahrheiten zu den Rettungsbemühungen von EU und Euro haben den Charakter von verzweifelten Beschwörungen. Entgegen der ausdrücklichen Empfehlung der großen Mehrzahl der deutschen Nationalökonomie-Professoren, sollen die bisher aufgebauten Rettungsschirme für Griechenland und die weiteren gefährdeten Euro-Staaten nach ihrem Auslaufen nicht beendet, sondern zu einer ständigen Einrichtung ausgebaut werden. Die Folgen sind offensichtlich, denn die Last der damit verbundenen Schuldenübernahme werden auch die deutsche Wirtschaft und die Deutschen nicht mehr tragen können. Die weiteren Stationen des Zusammenbruchs zeichnen sich immer konkreter ab:

Die EZB ist mit einem Eigenkapital von 5,8 Mrd. Euro heute bereits hoffnungslos überschuldet, denn sie hat seit Mai 2010 unverkäufliche Staatsanleihen in Höhe von 76,5 Mrd. Euro der Pleite-Staaten Griechenland und Irland (bis Ende Januar 2011) aufgekauft. Wäre sie eine ganz normale Geschäftsbank, müsste sie diese Schrottpapiere zum Jahresende in ihrer Bilanz bewerten, d.h. auf ihren wirklichen Wert abschreiben. Wenn wir eine sehr gelinde gerechnete Ausfallquote von 40 Prozent zugrunde legen, ergäbe sich für die EZB ein Verlust von 30,6 Mrd. Euro, wodurch ihr Eigenkapital mit einem Wert von  $5,8 - 30,6 = - 24,8$  Mrd. Euro negativ würde. Man nennt das „Überschuldung“ oder „Unterbilanz“. Jedes normale Unternehmen müsste in diesem Fall Konkurs anmelden!

---

<sup>11</sup> Zehn Regeln zur Rettung des Euro, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.06.2010 Seite 10.

Nicht so die EZB, denn letztendlich haften bei ihr die Euro-Staaten, genau genommen ihre Bürger. Und der unter volkswirtschaftlichen Aspekten bedeutendste Staat ist immer noch Deutschland. Die EZB ist jetzt schon überfordert, aber dabei kommt ihr jetzt erst eine extrem wichtige Aufgabe zu. Es ist ihre größte, seit es sie gibt. Sie müsste die jetzt bereits kontinuierlich anschwellenden Preise, insbesondere auf dem Rohstoff-, Agrar- und Energiesektor bekämpfen. Dazu müsste sie die Zinsen erhöhen und die Kreditvergabe verknappen. Das aber würde eine ganze Reihe europäischer Banken existenziell gefährden. Damit droht wieder der allgemeine Bankenzusammenbruch, den man im Verlauf der bisherigen Krise vermeiden konnte. Vermeiden mit zusätzlichen Schulden!

Für die (formal unabhängige) EZB und die dahinter stehende Politik wird es dann nur noch die Wahl zwischen Inflation und Bankenzusammenbruch geben. Am Ende wird die Politik nicht umhin kommen, die Schleusen für eine große Inflationierung weit zu öffnen, um damit wenigstens die eigene Entschuldung herbeiführen zu können. Zur ökonomischen Krise wird sich dann die politische gesellen, denn von da an wird den Menschen klar werden, dass ihre Politiker den Aufgaben nicht gewachsen waren und sind, die zu lösen sie sich berufen fühlten.

Die gesellschaftlichen und massenpsychologischen Prozesse, die dann ablaufen, sind aus der Geschichte bekannt. Ihr Ausgang ist nicht prognostizierbar.

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 31.01.2011